

für Halle monatlich bei zweimonatlicher Zustellung 1.20 Mark, vierteljährlich 3.60 Mark, durch die Post 3.00 Mark auswärts einschließlich Postgebühren. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter Halle-Zeitung eingetragen. Für unvollständige eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe 'Halle-Zeitung' gestattet.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. 1140, für Halle, den 13. Juli 1917, der Halle-Zeitung Nr. 1133, Postfach-Konto Leipzig Nr. 4605.

# Halle-Zeitung

Einundfünfzigster Jahrgang.

werden die 6spaltige Anzeigenspalte oder deren Raum mit 30 Pfg. berechnet und in unseren Annahmestellen und allen Anzeigen-Geschäften angenommen. Reklamen die Seite 1 Uhr. Schluss der Anzeigenannahme am Sonntag 11 Uhr, für die Sonntagsnummer ebenfalls 6 Uhr. Abbestellungen von Anzeigenaufträgen, soweit diese zulässig sind, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle a. S. Erscheint täglich zweimal. Sonntags einmal. Geschäftsstelle und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Saale, Nr. 17. Neben-Geschäftsstelle Markt Nr. 24.

Nr. 324.

Halle, Freitag, den 13. Juli

1917.

## Feindliche Vorstöße zurückgeschlagen.

### Was uns not tut.

Der parlamentarische Bloß, der in Bezugsausgleich wertvolle Arbeit geleistet hat, ist kein festes Gefüge. Vier Parteien von individueller Prägung fanden sich bei der Behandlung einzelner Fragen zusammen. Ihr Zusammenwirken hat große Fortschritte erreicht; doch wenn man daraus für die Zukunft Folgerungen zieht, dann darf man keine Erwartungen nicht übermäßig hoch spannen, weil es viele Punkte gibt, in denen die Anhänglichen innerhalb der Bloßpartei — wenn man diese Bezeichnung auf das vorläufig noch lose Gebilde anwenden kann — erheblich voneinander abweichen.

Es ist zwar eine Legende, wenn man immer wieder unter dem Hinweis auf England das Zweiparteiensystem für eine notwendige Voraussetzung der Parlamentarisierung hält. In England selbst kommt es ja nicht mehr zur Geltung, seit die Trenn und die Arbeiterpartei die liberale Partei stützen müßten, um ihr die Übernahmehilfe der Regierung zu ermöglichen. Und in Frankreich ist die Vielgeartetheit des Parteienlebens kaum kleiner als bei uns. Auch in Italien gibt es seit Bestehen der parlamentarischen Regierung kein Zweiparteiensystem. Und es geht, trotz allem, auch so.

Simmerhin ist die Stabilität einer parlamentarischen Regierung stark gefährdet, wenn bei allen Differenzpunkten und bei jeder neu auftauchenden Frage Kabinettskrisen entstehen und die bisherige Mehrheit in die Brüche gehen kann. Und es ist daher wünschenswert, daß die Parteienkarte nicht zu vielfarbig ist, da sonst der Fall eintreten kann, daß kleine Parteien mit einer ganz geringen Anhängerschaft schließlich ausfallgebend für eine Majoritätsbildung werden und damit Kompromisse notwendig sind, die eine Berücksichtigung von Wünschen kleiner Gruppen erfordern, hinter denen die Mehrheit des Volkes nicht steht.

Von den vier Parteien, die sich jetzt zu gemeinsamer Arbeit zusammengeschlossen haben, werden Sozialdemokratie und Zentrum ihre individuelle Prägung nicht aufgeben. Wenn man also eine Verminderung der Parteien anstrebt, ist sie nur durch einen Zusammenschluß der beiden liberalen Parteien zu erwarten. Und die Vorbereitungen für einen solchen Zusammenschluß sind in der Tat im Gange. Die Meinungsverschiedenheiten, die die Nationalliberalen von den Fortschrittlichen in der Wahlrechtsfrage trennen, sind heute behoben. Mögen einzelne differenzieren, die große Mehrheit der Nationalliberalen wird sich zweifellos auf den Boden des gleichen Wahlrechts stellen, wo die Fortschrittlichen von jeher gestanden haben. In den kommenden Kämpfen würde diese Majorität durch einen Zusammenschluß nur gestärkt. Und es würde für das Eigenleben der Partei keine Aufgabe einer in dieser Frage gemeinsam mit der Fortschrittspartei das Ziel zu erreichen laßt, das ihre Mehrheit ohnehin zu gehen gewillt ist. Wer in der nationalliberalen Partei das gleiche Wahlrecht ablehnt, wird es auch tun, wenn ein Zusammenschluß der liberalen Parteien nicht erfolgt.

In der Frage der Parlamentarisierung unserer Regierungsform ist die Sachlage eine ähnliche. Unter Führung des Abgeordneten Dr. Stresemann hat im Verlaufe des Krieges bereits eine größere Zahl der Nationalliberalen die bisherige Regierungsform verlassen, und die Kraft der Nation durch die verantwortliche Mitarbeit der Parteien an der Reichs- und Staatsleitung eine Stärkung erfahren würde. Und es unterliegt keinem Zweifel, daß sich die Reihen der Anhänger des parlamentarischen Systems im nationalliberalen Lager mit jedem Tage verstärken. Auch hier würde der Zusammenschluß keinem prinzipiellen Bedenken mehr begegnen, bliebe doch die Stellung der Gegner der Parlamentarisierung die gleiche, ob sie nun innerhalb der nationalliberalen oder innerhalb einer großen liberalen Partei stehen.

Die Frage der Friedenspolitik scheint momentan noch trennend zwischen der Partei zu stehen; doch ist auch der Unterschied in ihrer Stellung nicht so groß, daß nicht eine Brücke zur Verständigung geschlagen werden könnte. Handelt es sich doch mehr um taktische und vielleicht noch graduelle Meinungsverschiedenheiten als um Prinzipien. Auch innerhalb der nationalliberalen und der Fortschrittspartei werden sich verschiedene Ansichten darüber erheben, ob und in welcher Form eine Erklärung der Reichstagsmehrheit mit Rücksicht auf die Wirkung nach innen und außen wünschenswert ist. Die Ansäuerung darüber ist rein individuell und wird sich nicht in einen Parteiarbeitsplan spannen lassen; doch ist es entschieden wirksamer, wenn die gesamte Vertretung des liberalen Deutschland ein einheitliches Botschaft abgibt, als wenn sich innerhalb des Liberalismus Spaltungen zeigen, die auf den, der die Situation nicht genau kennt, Verwirrend wirken müßten. Dadurch, daß die nationalliberale Partei ihren Mitgliedern freistellt, die Erklärung über die Friedenspolitik der Zustimmung annehmen oder ablehnen, hat sie ausdrücklich anerkannt, daß es sich hierbei um eine „nationalistische“, sondern um eine rein individuelle Überzeugung handelt.

### Ämtlicher Bericht der Heeresleitung.

WTB. Großes Hauptquartier, 13. Juli.

#### Weltlicher Kriegsgeschichtsplan.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht. An der holländischen und Artois-Front war in mehreren Abschnitten bei guter Sicht der Feuerkampf stark. Feindliche Vorstöße östlich von Nieupoort, südlich von Ypern, bei Zullush und südlich der Scarpe wurden zurückgeschlagen.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz. Wieder war die Kampfsichtigkeit der Artillerie in der westlichen Champagne erheblich gesteigert; auch auf dem linken Maasufer erstreckt das Feuer abends große Stiefelweite. An der Höhe 304 nahmen Sturmtruppen in frischem Draufgehen die von feinde am 8. Juli zurückeroberten Gräben wieder. Die Besetzung wurde niedergemacht, ein Teil gefangen zurückgeführt.

Die von uns in den Kämpfen am 28. Juni gemonnenen Stellungen in 4 Kilometer Breite sind einschließlich des Vorfeldes damit wieder voll in unserer Hand. Trotz heftiger Gegenwirkung brachte ein Etendungs-vorstöß bei Pevrony uns Gewinn an Gefangenen und Beute.

Seeresgruppe Herzog Albrecht. Die Lage ist unverändert. In zahlreichen Aufkämpfen verloren die Gegner 17 Flugzeuge, zwei weitere durch Abschreiter. Oberleutnant Ritter v. Aufhäuser, der am 12. Juli zwei feindliche Flugler zum Absturz brachte, erlang gestern durch Abschuß eines Feindes das 16. Luftkreuz.

Deutscher Kriegsgeschichtsplan. Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern. An der Duna, bei Szeged und an der Schyssa war die Geschichtstätigkeit sehr; auch westlich von Bucz lebte sie insofern eigener Etendungsversuche zeitweilig auf. Südlich des Donjei sind an mehreren Stellen der Donica-Büsch russische Angriffe zum Scheitern gebracht worden.

An der Front des Generalobersten Erzherzog Joseph, und bei der Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Wadenstein drangen nach stärkerem Feuer mehrfach feindliche Aufklärungsabteilungen gegen unsere Stellungen vor; sie sind überall abgewiesen worden.

Mazedonische Front. Deutlich der Abzweigung Planina läßt ein bulgarischer Vorstoß örtliche Gegenangriffe des Serben aus; sie schlugen unter Verlusten fehl.

### Wieder 24 000 Tonnen!

Berlin, 12. Juli. (Ämtlich.) Neue U-Boote-Erfolge in der Biscaya und im Englischen Kanal: 24 000 Brutto-Registertonnen.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich der bewaffnete englische Dampfer „Adahy“ (4397 T.) mit Südgut von Kanada nach Liverpool, der bewaffnete französische Dampfer „Barré“ (1271 T.) mit Südgut von Dakar nach Fécamp, die französische Segler „Alexandre“ mit Holz von Texas nach Fécamp, „La Tour d'Auvergne“ mit Fischladung nach La Rochelle, der portugiesische Dampfer „Cabo Verde“ (2220 T.) mit Lebensmitteln für die französische Militärverwaltung in Bordeaux. Die Ladungen der übrigen Schiffe befanden, soweit sie festgelegt werden konnten, aus Kohlen, Erz und Erdöl.

### Der Chef des Admiralstabs der Marine.

#### Deutsche U-Boote in Nordschwedens Gewässern.

Kopenhagen, 12. Juli. „Berlingske Tidende“ meldet aus Stockholm: Aus Nordschweden werde berichtet, daß in den dortigen Gewässern deutsche U-Boote tätig seien. Gerüchweise werde gemeldet, es seien mehrere Dampfer aufgebracht worden, darunter der schwedische Dampfer „Norland“ und der Dampfer „S. v. Vinne“. Letzterer sei von einem deutschen U-Boote angehalten worden, habe aber die Erlaubnis zur Weiterreise erhalten.

#### Wichtige militärische Fragen für die Balkan-Konferenz.

Ueber die militärische Seite der in Paris zur Beratung gelangenden Balkanfrage sagt „Corr. della Sera“: Sie seien bereits grundtätig gelöst durch die Befehle der Entente-Mächte, die Truppen gleichzeitig sowohl aus dem Centre als auch aus Theßalien zurückzuführen. Nur Korfu könne wegen seiner strategischen Bedeutung für den Krieg in der Adria nicht aufgegeben werden. Die wichtigste Frage sei jedoch die, was mit dem Trentschetz geschehen solle, ob es seine neue Stellung mit Einschluß von Monofit behalten solle oder ob es aus Sicherheitsgründen angezeigter sei, sich in das besetzte Lager von Saloniki zurückzuziehen.

Es bliebe dann nur noch die Frage der künftigen Wirtschaftspolitik, die Schwierigkeiten bereiten könnte, da die Nationalliberalen begeisterte Anhänger der bisherigen Schutzpolitik waren, während auf dem fortschrittlichen Programm ein Abbau der Zölle stand. Die Schwierigkeiten sind jedoch nicht unüberwindlich. Die Fortschrittspartei hat den Zolltarif vom 1. März 1906 mit aller Evidenz bekräftigt, um neue Verhandlungen des Kontinents zu verhindern. Sie hat aber sich stets auf den Boden gegebener Tatsachen gestellt und den Veränderungen des Wirtschaftslagens Rechnung getragen. Man weiß in fortschrittlichen Kreisen genau so gut wie in nationalliberalen, daß eine Erörterung dieser Fragen vorläufig bedeutungslos ist, da wir zunächst die Verhandlungen mit unseren Verbündeten zu einem gewissen Abschluß bringen und uns später nach der Situation richten müssen, die uns der Friedensschluß bringt. Nicht in den Können nur sein eine Zoll- und Handelspolitik, die uns die Wiedereroberung des Auslandsmarktes ermöglicht, und eine Lebensmittelpolitik, die der Volksernährung keine Schwierigkeiten bereitet, da die Kriegslasten sonst die schwerste Gefährdung unserer Volksernährung und Volkserziehung im Gefolge haben würden.

Diese Richtlinien sind für beide Parteien durchaus annehmbar, und die Zusammenarbeit beider Parteien könnte dabei nur nützlich sein.

Schwermiegende Bedenken liegen also einem Zusammenschluß weder in politischer noch in wirtschaftlicher Hinsicht entgegen, und der Liberalismus wird in Deutschland an Gewinn gewinnen, wenn er nicht mehr gespalten, sondern fest geschlossen seine politischen Anschauungen vertritt. Wir können heute von Personenfragen ganz absehen, obwohl ohne Zweifel Dr. Stresemann, der berufen scheint, die Führung in der nationalliberalen Partei in absehbarer Zeit zu übernehmen, fähig in seinem Gesamtprogramm der Fortschrittspartei ziemlich nahe steht. Es wird vielleicht den Parteien heute noch nicht ganz leicht, in diesem Zusammenschluß eine Sicherung ihrer politischen Zukunft zu sehen, und es mag daher begründet sein, wenn man vorderhand von einer Fusion, die die Parteienorganisationen vermischt, abstieht. Doch ist eine parlamentarische politische Arbeitsgemeinschaft, wie sie dem Zusammenschluß der Fortschrittsparteien vorzuziehen, zweifellos möglich und als Überwegung zu empfehlen.

### Die Parteien zur Lage.

Von unserem Parlamentsberichterstatter wird uns geschrieben:

Berlin, 12. Juli 1917. Am Reichstag waren heute obwohl keine Plenarsitzung stattfand, doch viele Abgeordnete anwesend, um sich über die politischen Vorgänge auf dem laufenden zu halten. Zahlreiche Gruppen sah man in den Wandelgängen in eifrigem Gespräch. Das Schicksal der preussischen Wahlrechtsfrage bildete neben der Reichstagsliste natürlich den Mittelpunkt aller Besprechungen.

In fortgeschrittenen Kreisen glaubt man, daß, wenn die Regierung diesmal fester auftritt als bei der letzten Wahlrechtsfrage, eine Mehrheit für das gleiche Wahlrecht im Abgeordnetenhaus zu erzielen sein wird. Man rechnet mit der einmütigen Zustimmung des Zentrums, das ja nach seiner ganzen Vergangenheit für das gleiche Wahlrecht eintreten muß, und nur auf die Abzögerung einer Gruppe des rechten Bürgers bei den Nationalliberalen, die aber nicht stark genug sein dürfte, um der Mehrheit, in der sich die beiden konservativen Parteien befinden, zur Mehrheit zu verhelfen, also eine Mehrheit, wenn auch eine knappe Mehrheit. Im Herrschaftswort wird die Vorgabe eventuell durch Anwendung des Präzedenzes auf alle Fälle durchgedrückt werden können. Eine feste und einschließliche Haltung der Regierung ist schon deshalb zu erwarten, weil das preussische Ministerium doch sehr eifrig durch Erneuerung von Anhängern des gleichen Wahlrechts zu Ministern umgewandelt werden wird. Auch der freikonservative Abgeordnete Freiherr von Jellisch, der im Reichstag erschien und mit dem Führer der Konservativen, dem Abgeordneten v. Siedebrom, und dem Zentrumsführer Herzog längere Besprechungen hatte, äußerte sich dahin, daß die Aussichten der Wahlrechtsfrage durch die Übernahme des gleichen Wahlrechts eine Besserung erfahren könnten, wenn er sich hinsichtlich des gleichwohl mit Härten und vielleicht auch erfolglos wiederholten Widerstandes zu rechnen ließe.

Ueber die Stellung des Reichstags hörte man, daß sie vorläufig gesichert ist. Vieles wurde aber der Meinung Ausdruck gegeben, daß sich Herr von Bethmann-Hollweg doch auf die Dauer nicht werde halten können. Nationalliberale Abgeordnete betrachten die Veröffentlichungen in der Zentrumspresse als einen Beweis dafür, daß das Zentrum die nationalliberalen Anschauungen über den Reichstagsminister im Grunde wesentlich unterstelle.

Der instruktive Austausch hat gestern geendet und wird heute nachmittag 3 Uhr seine Beratungen fortsetzen. Soweit die Friedensumgebung in Betracht kommt, ist man wohl einig, das gegen gehen die Erörterungen über die parlamentarische Regierung noch weiter und werden auch sobald nicht zu Ende kommen, da die hier überwundenen Schwierigkeiten nicht so kurzer Hand gelöst werden können.

In Vertretung des erkrankten Vorsitzenden hat der stellvertretende Vorsitzende des Hauptausschusses des Reichstags, Dr. Sildeman (Soz.), die nächste Sitzung auf Freitag vormittag 10 Uhr einberufen.

Der Beschluß der nationalliberalen Reichstagsfraktion, von Fraktionen wegen der von interaktionellen Ausschüssen ausgearbeiteten Friedensresolution nicht beizutreten, hat zur Folge gehabt, daß die nationalliberale Fraktion an den interaktionellen Ausschüssen nicht mehr teilnimmt, so daß der interaktionelle Ausschuß nur aus Vertretern des Zentrums, der Fortschrittler und der Sozialdemokraten besteht.

### Erklärung des konservativen Parteivorstandes zur Wahlrechtsfrage.

Durch die Allerhöchste Kabinetts-Order vom gestrigen Tage, die der Kaiser und Königin von Preußen an den Ministerpräsidenten gerichtet hat, wird die Vorlegung eines Gesetzes betreffend die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen angeordnet.

Das gleiche Wahlrecht entspricht nicht der Eigenart und der historischen Vergangenheit des preussischen Staates und nicht den der preussischen Gesetzgebung vorbehaltenen gesetzlichen und sonstigen Aufgaben. Es ist vielmehr geeignet, das feste Gefüge Preußens zu erschüttern und auch diesen Staat der völligen Demokratisierung auszuliefern. Das durch ihn dargestellte unerbittliche Gegenwärtige gegen die Gefahren der Unruhe und der Ueberfälligkeit, die nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte für das Reich bestehen, wird durch die Einführung des gleichen Wahlrechts hinweggeräumt. Die konservative Partei vermag nicht anzuerkennen, daß die in Aussicht gestellte Maßnahme durch die Erfahrungen des Krieges geboten war, noch daß sie auch nur als geeignet erscheinen könnte, um über die Schwereigenschaften der heutigen Lage hinwegzuhelfen und den Siegeswillen des Volkes zu härten.

Die in Aussicht gestellte Veränderung des preussischen Wahlrechts kann daher die konservative Partei nur mit tiefen Sorgen für die Zukunft Deutschlands erfüllen.

### Erklärung des Reichstagskanzlers über die Parlamentarisierung?

Wie die „Berliner Börsenztg.“ hört, wird der Reichstagskanzler eine Erklärung über die parlamentarische Reform in Reichs-Parlamentarischer Sitzung abgeben.

### Parlamentarismus beim Kronprinzen.

Nach 10 Jahre wurde im Reichstag bekannt, daß die Führer der großen Parteien des Reichstags vom Kronprinzen in seinem Palais unter den Linden empfangen worden seien. Mit Interesse wurde vernommen, daß auch die Sozialdemokraten durch den Abg. Dr. Dauid vertreten gewesen sind. Man hörte, daß der Kronprinz die Abgeordneten zu sich geladen hatte, um sich bei ihnen über ihre Auffassung der politischen Lage und der Verfassung zu unterrichten. Bevor den Empfang der Parlamentarier durch den Kronprinzen ersucht die „Berliner Abendzeitung“, die an Stelle des heute verbotenen „Volks-Anz.“ erscheint; Der Thronfolger habe ausschließlich den Abgeordneten das Wort gelassen. Er hatte erklärt, daß er aus ihrem Munde eine Darstellung unserer innerpolitischen Lage wünsche und daß er sie deshalb zu sich geladen habe. Wie jeder der Herren einzeln empfangen worden war, so stellte er natürlich die Dinge von seinem Standpunkt aus dar. Besonders ihre Fraktionen werden die Parlamentarier ihren Parteigenossen eingehend Bericht erstatten, insbesondere auch über den Einbruch, den, wie sie glauben, ihre Ausführungen auf den Kronprinzen gemacht haben.

Wie die „B.Z.“ erfährt, hat der Kronprinz am Mittwochs morgen hervorragende Mitglieder der verschiedenen Fraktionen im Kronprinzenpalais empfangen. Es waren hierzu die Abgeordneten v. Payer, Dr. Dauid, Dr. Ciesemann, Mevius, Erzberger und Graf Welfen. Die Unterredung mit jedem einzelnen Abgeordneten ist besonders empfindlich worden, da die Herren zeitweilig beim Empfangen wurden, da die Herren zeitweilig eingehend befragt wurden.

Nach der „Berl. Ztg.“ verläuft in parlamentarischen Kreisen, daß die Regierung den Reichstag am Sonnabend nach Bewilligung der Kriegskredite bis zum Oktober vertagen wolle. Inzwischen beschäftigt Herr v. Bethmann Hollweg, die sogenannte Parlamentarisierung durchzuführen, d. h. einzelne Abgeordnete in die Regierung zu berufen. — Nach dem „Berl. Ztg.“ sei die Schwärzung, die sich im Reichstag vorbereiten möchte, nicht auf dem Reichstag zu beruhigen, daß die Mitglieder der Parteien sich in den Reichstagen in Berlin einfinden und sehr schärfer gegen die Politik und die Person Erzbergers Stellung genommen hätten.

Wie verschiedene Blätter wissen wollen, habe der Kronprinz bei seinen Besprechungen mit den Parteiführern betont, er wolle auf Wunsch seines Vaters sich selbst eine Meinung über Herrn v. Bethmann Hollweg bilden.

### Die deutsche Kolonialgesellschaft zu den Friedenszielen.

Die Vorstandsversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft hat folgende Entschlüsse gefaßt: Die Deutsche Kolonialgesellschaft ist durchdrungen von der Ueberzeugung, daß der Verlauf des Weltkrieges die innige gegenseitige Verknüpfung beinahe aller überlebensfähiger Völker in einer Weltgemeinschaft herbeiführt. Die Wahrung der Weltfriedensstellung Deutschlands und der drohende Weltkriegsstand müssen gebietet, daß dem deutschen Vaterlande in Europa eine feste Weltstellung errungen wird, die seine Segelung sichert und den Zugang zum Weltmeer offen hält. Es verlangen aber ferner, daß die überlebensfähige Weltgemeinschaft Deutschlands durch den Besitz eigener Kolonien in wesentlichen erweiterten Grenzen in Anlehnung an überlebensfähige Stützpunkte gewährleistet wird. Ohne Sicherstellung der Reichsverordnung drohen der deutschen Volkswirtschaft und damit auch unserer wachsenden Bevölkerung unabweisbare Gefahren. Die Deutsche Kolonialgesellschaft befragt daher mit freudiger Bemühung den durch den Staatssekretär des Kolonialamts im Namen des Reichstags in Leipzig erklärten Willen, die Rückgabe unserer familiären Kolonien und den Ausbau eines starken Kolonialreiches in Afrika durchzuführen.

Eine solche Erweiterung ist in erster Linie in Mittelafrika — Ostafrika und Indien — anzustreben. Das ermöglicht den Zusammenfluß der bisherigen deutschen Kolonien. Das läßt auch den Erwerb westafrikanischer Kolonien in sich, die bei ihrer hohen Bevölkerung den Weltmarkt an reich gewinnbaren Kolonialprodukten und der Möglichkeit der Auslegung von Kolonialstücken für uns von unerschöpflichem Wert sind.

Die Deutsche Kolonialgesellschaft erhebt gleichzeitig den schärfsten Einspruch gegen den Gedanken einer Aufgabe unserer wirt-

schaftlich und kulturell für so wertvollen Südwestafrika und tritt nach wie vor eindringlich für die Wahrung der überaus wichtigen deutschen Interessen in Ostafrika ein.

### Vertagung der Sitzung des Hauptausschusses.

BERLIN, 13. Juli. Die heutige Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages wurde durch eine Geschäftsordnungsdebatte angetrieben. Reichstagskanzler war nicht erschienen. Anwesend waren u. a. die Staatssekretäre Helfferich, v. Capelle, Goltz, Aiso, Raatzke und Zimmermann. Ein sozialdemokratischer Redner beantragte gleich zu Beginn die Vertagung. Die politische Lage sei noch nicht so geklärt, daß die Regierung Stellung zu den aufgeworfenen Fragen nehmen könne. Staatssekretär Helfferich erwiderte, der Reichstagskanzler sei durch andere dringende Geschäfte am Erscheinen verhindert. Er und die übrigen Staatssekretäre seien aber bereit, den Verhandlungen zu folgen und auf etwaige Fragen einzugehen. Der Antragsteller erklärte sich vor dieser Antwort nicht befehlig, da dem Reichstagskanzler eine bestimmte Frage vorgelegt sei, auf die der Ausschuß eine bestimmte Antwort erwarte. Somit hätten die Verhandlungen keinen Zweck. Hierauf wurde die Vertagung der sachlichen Beratung beschlossen.

### Mittlerweile zur Arbeit.

T. U. Berlin, 12. Juli. Die Berl. Abendblätter besprechen eingehend den Erfolg über die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen. Mit einer Ausnahme haben sie Bedenken nach den verschiedenen Richtungen hin. Die „Kreuzzeitung“ schreibt u. a.: Wenn die Norddeutsche der festen Zuversicht, daß das gleiche Wahlrecht in Preußen für Krone und Volk von dauerndem Heil sein werde, so können wir diesen beneidenswerten Optimismus gerade anlässlich der Erfahrungen, die wir jetzt im Reich mit der durch das gleiche Wahlrecht geschaffenen Mehrheit machen, zu unserem Bedauern nicht teilen. Die „Deutsche Tageszeitung“ führt aus: Uns scheint, um das deutsche Reich und Volk in die Formel Erzberger-Scheidemann hineinzugewöhnen, dazu sind die Opfer denn doch zu groß. Sie sind nicht zugehendmäßig an das deutsche Volk und dienen nicht seinem Wohl, sondern sie führen uns dahin, wohin unsere Feinde uns haben wollen. Daß ist der stärkste Grund, aus dem wir den 11. Juli für einen schwarzen Tag der Preussisch-deutschen Geschichte halten.

Die „Post“ bemerkt: In welchem Ausmaß die Durchführung des gleichen Wahlrechts den preussischen Staat gefährlich treffen wird, kann nur die Zukunft lehren. Die Sorge aber muß getragen werden, ob nicht die von außen hergehenden Einflüsse ihre Kraft verheerend, um eine natürliche Ausgleichung des alten preussischen Stelsens mit den neuen Einrichtungen abermals zu hintertreiben.

Die „Deutsche Zeitung“ sagt: Es ist für den preussischen Staatsbürger ein immerliches Schauspiel, zu sehen, wie die preussischen Interessen vorübergehenden Gewerkschaften der Reichsleitung geopfert werden.

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ fürchten, daß im günstigen Falle im Augenblick der Kampf um die Wahlrechtsreform in Preußen aus den Beratungen des Reichstags auscheiden wird, daß sie aber später, wenn im preussischen Landtag die Regierungsvorlage zur Entscheidung kommt, die heftigsten Kämpfe und die schwersten Kräfte einfließen wird.

Die „Tägliche Rundschau“ schreibt: Im meisten bedauern wird, daß der Erfolg der Entscheidung zu neuen Kämpfen sein muß; denn es ist nicht anzunehmen, daß das Abgeordnetenhaus das Reichstagsgesetz für Preußen annehmen wird.

Die „Germania“ erklärt befriedigt: Die Zentrumspartei hat immer auf dem Standpunkte geblieben, daß wie im Reich so auch in Preußen das gleiche Wahlrecht grundsätzlich das einzige Richtige sei. Wenn daher vor dem Kriege keine Erfolge erzielt werden konnten, so hat sich dabei nur gezeigt, wie überaus schwierig die Verhältnisse sind.

Berlin, 13. Juli. Der „Vorwärts“ meint zu einer etwaigen Kandidatur des Fürsten Bismarck, er, der so viel von dem, worum er heute litt, verstanden habe, könne nicht denken sein, die aus den Fugen gelaufene Welt wieder einzurufen.

Berlin, 13. Juli. Die „Deutsche Tageszeitung“ wendet sich gegen eine Parlamentarisierung und schreibt u. a.: man möchte hoffen, daß die Bundesregierung unverzüglich handle, um den Grundcharakter des Deutschen Reiches gegen die Machtgefühle parlamentarischer Rotten der Reiches zu schützen und zu sichern.

Berlin, 13. Juli. Die „Vorwärts“ schreibt zur Kanzlerfrage, sie würde den Kanzler mit Bedauern fallen lassen, aber sein Schicksal wiege nicht ein Duzendes von dem, was das Schicksal unserer Nation wiege.

### Herrn von Paters angelegliche Weisung.

Das Mittelungsorgan der Fortschrittlichen Volkspartei, die „Libérale Korrespondenz“, schreibt: Nachdem der „Volksanzeiger“ zu durchdringlichen Zwecken am Dienstag abend die Entgegnung auf den Reichstagskanzler, daß der Abgeordnete von Payer als Vertrauensmann des Reichstagskanzlers zu einer Audienz beim Kaiser erschienen sei, sucht er sich am Mittwoch abend aus der Verlegenheit zu ziehen, indem er dem Abgeordneten v. Payer Ausprüche in den Mund legt, die dieser niemals getau hat. Wir können nur betonen, daß es sich bei dem ganzen Vorgehen des „Volksanzeigers“ um eine alldeutsche Macht handelt, darauf beruht, die Fortschrittliche Volkspartei und ihren Führer hinsichtlich ihrer sachlichen Meinungen in politischen Verbalen herabzusetzen.

Der „Volksanzeiger“ hatte mitgeteilt, daß Herr v. Payer erklärt habe: „Was wir unter den jetzigen Verhältnissen nicht erzwingen, erreichen wir nie.“

### Die Antwort auf das sozialdemokratische Friedensprogramm.

Berlin, 12. Juli. Welche Bestimmung bei unseren Feinden noch immer herrscht, wird treffend gekennzeichnet durch den folgenden Exponer Furrnprad aus Amerika vom 11. Juli:

### Die Selbstmüßigkeit Deutschlands.

Die „New York Times“ meint, daß selbst die deutschen Sozialisten, die die Demokratisierung des Kaiserreiches predigen, noch nicht klar genug die Wichtigkeit des Verbrechens einsehen, dessen Deutschland vor dem Richterstuhl der Zivilisation angeklagt wird. In seiner Rede im Reichstagsauschuß sprach Ebert die Ansicht aus, daß die deutsche Regierung den Frieden haben könne, wenn sie nur ein Friedensangebot ohne Annexionen und Entschädigungen machen würde und das Ersetzen nach einem Sonderfrieden mit Rußland unterlassen wolle. Ebert spricht wie ein Mann, der in einem anderen Jahrhundert lebt. Seit der Narne-

schicht handelt es sich nicht mehr um die Fragen der Annexionen durch Deutschland oder um Entschädigungen, die es vorzuziehen würde. Diese Ansicht ist seit langer Zeit schon von den Alliierten eifrig geteilt worden. Ebert täuscht sich aber sehr, wenn er erklärt, daß Deutschland den Frieden haben kann, wenn es nur einseitig auf seine bedingungslosen Annexionen und Entschädigungen verzichtet. Ein Frieden, der auf diesem Grundbaue aufgebaut ist, liegt nur bei früheren Zustand wieder herstellte. Da Deutschland weiß, daß sein Sieg unmöglich ist, so ist ihm der status quo erwünscht. Die Alliierten werden zu diesen Bedingungen keinen Frieden schließen. Die Träume und ephemerischen Pläne des Imperialismus müssen aufgegeben werden, Deutschland muß vollständig seinen Selbstzufriedenheit ändern, bevor sich die Alliierten vollziehen, vom Frieden zu sprechen.

### Oesterreichs Zwieschlag.

Wien, 12. Juli. Das Fremdenblatt veröffentlicht einen Artikel des ungarischen Reichstagsabgeordneten und ehemaligen Staatssekretärs Josef Sateranyi, in dem es heißt: Trotz der ersten Bestrebungen der Zentralmächte, für alle Kriegführenden einen annehmbaren Frieden herbeizuführen, kann der Friede nicht zustande kommen. Unsere Feinde können nur immer an ihren Kriegsziele, Verzicht der deutschen Macht und Vermittlung unserer Monarchie, festhalten. Auf ihre militärischen Kräfte können sie diese Kriegsziele nicht bannen. Ihre Hoffnungen sind noch immer finanzieller und wirtschaftlicher Natur. Diese Hoffnungen erfüllen sich bisher und werden sich auch für die Zukunft als eitel erweisen. Die finanzielle Kraft der Monarchie steht über allem Zweifel. So wie die Kriegskosten dreier Kriegsjahre von etwa 55 Milliarden mit Abrechnung eines nur geringen Teiles in der Monarchie selbst abgedeckt wurden, und zwar ohne jede Gefährdung des Nationalvermögens, so werden zweifellos auch die weiteren Kriegskosten innerhalb der Monarchie abgedeckt werden. Nach dem Kriege, wo die jährlichen Lasten der Staaten werden geteilt werden müssen, wird sich die Situation anders gestalten. Aber selbst diese schwere Friedensaufgabe wird uns leichter fallen als unseren Feinden, denn die Verzinsung der Kriegsschuld wird im eigenen Lande bleiben. Einen Frieden zu unseren Ungunsten auf finanziellen Gebiete oder aus finanziellen Gründen von uns zu erzwingen, wird unseren Feinden nicht gelingen. Auch aus wirtschaftlichen Gründen nicht. Landwirtschaft und Industrie sind im Kriege erkrankt. Wir werden auch auf wirtschaftlichem Gebiete aushalten.

### Die russische Entscheidungsschlacht?

Nach Schweizer Meldungen aus Mailand berichtet: „Scorlo“ aus Petersburg: Die Schlacht in Galizien soll die Entscheidungsschlacht für Rußland werden. Ihre Dauer sei noch unabweisbar. Es gingen immer noch neue Truppenformationen an die Front ab. Die Kriegsziele sind damit der Frieden soll jetzt unter allen Umständen erzwingen werden.

Stegemann schreibt im „Bund“ u. a.: Ob die russische Offensive jetzt ihren Höhepunkt erreicht hat, ist zum mindesten zweifelhaft. Es sprechen dagegen nicht nur die neuen Anläufe bei Brodno, Bezegany und Stanislaw, sondern auch die am Stogoch, bei Pinski und Riga ausfallenden Artilleriekämpfe, die sogar in den Karpaten ein Echo gefunden haben. Die Entscheidung bleibt daher vorläufig abgemindert. Man kann indessen annehmen, daß auf beiden Seiten Klarheit über die zur Verfügung stehenden Kräfte herrscht. Vorläufig ist die Lage an der Front in der Gesamtheit, und der Verlust an Gefangenen auf Seiten der Verteidiger bei Stanislaw wird durch die blutigen Verluste der angreifenden Russen vielfach überhört. Zeit heißt, daß der Durchbruch der Russen als solcher abermals gescheitert ist.

### Regierungskommissare im russischen Heere.

WTB, Petersburg, 12. Juli. (Petersburger Telegraphenagentur.) Im Hinblick auf die Umformung des Heeres nach demokratischen Grundsätzen hat die vorläufige Regierung beschlossen, bei jedem Oberkommando das Amt eines militärischen Kommissars der Regierung einzurichten. Dieser soll von der Regierung im Einverständnis mit dem Höchstkommandierenden ernannt werden. Die Kommissare werden nach den Anordnungen des Kriegsministers das befragen, alle politischen Fragen, die in Heer und Marine auftauchen, in gleichmäßiger Weise zu lösen und mit der Arbeit der Armeekommissare in Einklang zu bringen.

### Von der Westfront.

Zweimaliges Rücktrittsgesuch des Bystanigs von Indien. WTB, London, 12. Juli. (Reuter.) Im Unterhause gab Balfour im Laufe der Erörterungen über die Vorgänge in Mesopotamien bekannt, daß Harding, der zur Zeit der Ereignisse in Mesopotamien Bystanig von Indien gewesen und jetzt ständiger Sekretär im auswärtigen Amt ist, bereits zweimal seinen Rücktritt angeboten habe. Balfour habe das Entlassungsgesuch wegen der wertvollen Dienste Hardinges im auswärtigen Amt nicht angenommen.

### Chamberlain tritt zurück.

London, 12. Juli. (Reuter.) Der Staatssekretär für Indien Chamberlain hat während der Debatte des Unterhauses über die Vorgänge in Mesopotamien seinen Rücktritt bekanntgegeben.

### Das erste Opfer der englischen Minenperre.

Haag, 13. Juli. Die neue englische Minenperre an der Küste Hollands hat ihr erstes Opfer gefordert. Der Dampfer „Glabeth“ aus Amboin ist bei der Insel Terlinggah auf eine Mine gestoßen und in die Luft geflogen. Von den 47 Mann der Besatzung wurden sechs getötet und vier verwundet, darunter einer schwer.

### Ein französischer Minenleger gefunden.

Basel, 13. Juli. Janas berichtet vom 12. Juli aus Paris: Der Minenleger „Dupire“ ist am 12. Juli im Armetanal auf eine Mine und fünf Personen werden vermisst.

Wer über das gesetzlich zulässige Maß hinaus Hafer, Mengkorn, Mischfrucht, worin sich Hafer befindet, oder Gerste verfrachtet, verurteilt sich am Vaterlande!